

MITEINANDER MEHR ERREICHEN.

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

kurz vor Weihnachten diskutiert Chemnitz über die Zukunft des CFC und Sachsen über die Zukunft des Leistungssports.

Eine Stadt wie Chemnitz – die sich zum Ziel gesetzt hat, attraktiver zu werden und damit auf Magnetwirkung für Zuzüge setzt, deren Wirtschaftskraft wächst – kann nicht anders, als sich für die Hilfe für ihren in Schwierigkeiten steckenden CFC zu entscheiden. Dieser Traditionsverein – und damit in gewisser Hinsicht auch Leuchtturm in unserer sportlichen Landschaft – muss erhalten bleiben und die Chance bekommen sein sportliches Potential umzusetzen zu können. Vielleicht schaffen wir sogar den Aufstieg, was außerordentlich positiv für Chemnitz wäre. Undenkbar wäre aber ein neues, ungenutztes, 27 Millionen Euro teures Stadion. Der Club selbst muss dafür natürlich Bedingungen erfüllen. Von ihm sind zwingend neue Strukturen zu erwarten, die entsprechenden Reformen sind auf den Weg gebracht und waren für mich zwingende Voraussetzung für die Zustimmung zur Rettung.

Allerdings müssen wir bei alledem den anderen Vereinen in unserer Stadt das Gefühl geben: Ihr seid nicht

zweite Wahl! Der Stadtrat hat dafür im Dezember die neue Sportentwicklungsplanung beschlossen und plant mit 120 Millionen Euro bis 2025.

Das ist ein gutes Zeichen für alle Sportvereine in der Stadt, soviel Geld wie noch nie wird für den Sport in Chemnitz in die Hand genommen. Damit wird klargestellt, dass Sport eben nicht nur Fußball ist.

Auf meine Initiative thematisierte der Landtag im Dezemberplenium in einer spannenden Debatte die Zukunft des Leistungs- und Breitensports im Freistaat. Zuvor hatten sich Haushalts- und Finanzpolitiker fraktionsübergreifend um den größten Sporthaushalt seit 1990 bemüht. In den nächsten beiden Jahren stehen 93,5 Millionen für den Sport in Sachsen zur Verfügung.

Das Jahr endet also sportlich in Chemnitz und auch in Sachsen. Für alle Leser vielleicht auch ein Impuls über die Feiertage mal wieder die Turnschuhe aus dem Schrank zu holen. Ein guter Vorsatz ist das allemal.

In diesem Sinne wünsche ich sportliche Feiertage und einen guten Rutsch!

Ihr



**Newsletter des SPD-Landtagsabgeordneten
Jörg Vieweg
Sprecher für Energie,
Tourismus, Mittelstand
und Handwerk sowie
Sport**

**IN DIESEM NEWSLETTER
LESEN SIE:**

Ortsvereinsneugründung ...	02
Bewegung an der Walter-Klippel-Straße.....	03
Kriminalitätsstatistik.....	04
Petitionsausschuss	05
Tourismusfinanzierung	06
Stromspeicherprojekt	07
Doppelhaushalt 2017/18.....	08
Sporthaushalt.....	10
Lehrerversorgung	11
POLITIK:konkret.....	13
Plenumsanträge.....	15
Aktuelle Stunde: Sport.....	16
Impressionen	18
111 Jahre Industrietradition	19
Rechtsberatung.....	21
Quiz.....	21
Kontakt.....	21

CHEMNITZ/ WAHLKREIS

SPD verstärkt ihr Engagement im Chemnitzer Süden

Die Chemnitzer SPD feierte am 19. Oktober 2016 im Gemeindezentrum der Dietrich-Bonhoeffer-Kirchgemeinde die Neugründung des „Ortsvereins Chemnitz-Süd“.



Jürgen Renz (Vorsitzender der SPD Chemnitz), Daniela Vieweg (Beisitzerin), Olaf Drewning (Stellv. Vorsitzender), Jörg Vieweg (vorsitzender), Viola Hennig (Beisitzerin), Harald Möbius (Revisor) und Bernd Haase (Schatzmeister) v.l.

Jörg Vieweg wurde zum Vorsitzenden gewählt und erhielt 100 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Der neue Vorstand des „Ortsvereins Süd“ setzt sich darüber hinaus aus dem Stellvertreter Olaf Drewning (54, Konstrukteur), den Beisitzerinnen Viola Hennig (72, Diplombibliothekarin und Projektkoordinatorin) und Daniela Vieweg (43, Verlagskauffrau), dem Revisor Harald Möbius

(Diplomingenieur) sowie dem Schatzmeister Bernd Haase (73, Elektromeister) zusammen.

Vor dem Hintergrund, dass die Stadtteile im Chemnitzer Süden zu den am stärksten wachsenden im Stadtgebiet gehören, erklärte Vieweg: „Seit einigen Jahren werden die Stadtteile von Kappel über Markersdorf bis Einsiedel gerade für junge Familien wieder attraktiver. Wir reden hier nicht mehr über Schrumpfung, Rückbau und Wegzug sondern über Wachstum, Neubau und Zuzug.“ Aus Sicht von Vieweg wird dies insbesondere am Neubau von Schulen und Kindertagesstätten deutlich. „Die SPD versteht sich vor allem als Kümmerer im Quartier und hilft als Ansprechpartner bei alltäglichen Problemen“, so der 45-Jährige weiter. „Mit dem neuen Ortsverein ‚Chemnitz-Süd‘ können wir die weitere Entwicklung unserer Stadteile noch stärker als bisher unterstützen und die Zukunft gestalten, mit Beteiligung und Miteinander im Wohngebiet“, so Jörg Vieweg abschließend.

Bewegung an der Walter-Klippel-Straße – Entlastung für die Anwohner ist in Sicht

Für die Anwohner der Walter-Klippel-Straße in Adelsberg ist Entlastung in Sicht. Ein von Jörg Vieweg organisiertes Gespräch der Anwohnern mit der Stadtverwaltung hat nun erste konkrete Ergebnisse zur Verbesserung der Lage gebracht. So soll die Straße ab 2018 in drei Bauabschnitten grundhaft zur Anwohnerstraße ausgebaut werden. Dies schließt einen neuen Fahrbahnbelag ebenso ein wie einen Fußweg auf der Grundstücksseite und die Modernisierung von Medien- und Entsorgungsleitungen.

Jörg Vieweg zeigte sich erfreut über die Ergebnisse des Treffens: „Es ist wichtig, dass die Anwohner der Walter-Klippel-Straße nun eine klare Perspektive für eine Verbesserung der Verkehrssituation haben. Ich habe das Anliegen seit dem Sommer intensiv begleitet, und gegenüber der Stadtverwaltung auf eine transparente Bürgerbeteiligung der Anwohner gedrungen.“

Zur schnellen Entlastung vom Durchgangsverkehr soll nun ab Frühjahr 2017 eine Einbahnstraßenregelung mit Busschleuse in der Walter-Klippel-Straße eingerichtet werden. Über deren genauen Start wird die Stadtverwaltung im Frühjahr informieren. Darüber hinaus wurde für November 2017 ein weiteres Planungsgespräch zur Detailplanungen zum Straßen-

ausbau vereinbart. Hier sollen Wünsche und Anregungen der Anwohner aufgenommen und diskutiert werden. Die Stadt Chemnitz setzt sich zudem für ein zügiges Planfeststellungsverfahren zum Weiterbau des Südrings ein. Im Bundesverkehrswegeplan ist der Weiterbau jetzt fest verankert.

„Wir kommen so Schritt für Schritt zu einer dauerhaften Lösung für die Walter-Klippel-Straße. Ich freue mich über weitere Anregungen der Anwohner. Das Team meines Bürgerbüros und ich nehmen Wünsche für die weiteren Gespräche gern entgegen“, so Vieweg abschließend. Die Anwohner vor Ort wurden von ihm mit einem Infoblatt über die Fortschritte und Planungen informiert.

+++
Infoblatt zur
Walter-Klippel-Straße
HIER
zum downloaden
+++



Oben: Jörg Vieweg mit Anwohnern der Walter-Klippel-Straße im Gespräch mit der Stadtverwaltung.

Unten: Jörg Vieweg mit Anwohnern der Walter-Klippel-Straße beim Vor-Orttermin.



Der Chemnitzer Süden bleibt sicher -

Kriminalstatistik sagt nichts über tatsächliche Kriminalität im Chemnitzer Süden aus

In den letzten Wochen und Monaten häuften sich die Berichte über wachsende Kriminalität im Wohngebiet. „Die polizeiliche Kriminalstatistik sagt nichts über die tatsächliche Kriminalität im Chemnitzer Süden aus, sondern nur über die Fälle, welche der Polizei bekannt werden. Ein Anstieg in der polizeilichen Kriminalstatistik bedeutet nicht zwangsläufig eine Zunahme der Straftaten“, so Jörg Vieweg.



Nach dem Polizeieinsatz im Fall al-Bakr im Gespräch mit Anwohnern des Stadtteils Kappel.

So stiegen die Zahlen für Delikte automatisch, wenn mehr Menschen einen Diebstahl anzeigen oder die Polizei stärker nach Betäubungsmitteln oder Drogen sucht.

In der Langzeitbetrachtung ist der Chemnitzer Süden ein sicherer Stadt-

teil. Allerdings ist das subjektive Sicherheitsgefühl durch Informationen der lokalen Medien mit Aussagen, wie „Kriminalität im Süden wächst“ beeinträchtigt. Auch die Geschehnisse rund um den Anti-Terror-Einsatz im Heckert-Gebiet verunsicherten die Anwohner im Chemnitzer Süden.

„Ich sehe dabei alle beteiligten Akteure, wie die Sicherheitsbehörden, das Ordnungsamt sowie die Landes- und Stadtpolitik in der Pflicht. Wir müssen mit geeigneten Maßnahmen neben der objektiven Sicherheit auch das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung verbessern. Im Landtag haben wir das erkannt. Der Stellenabbau bei der Polizei war falsch und wurde gestoppt“, so Jörg Vieweg.

Laut der neuen Fachkommission Polizei werden 1000 Polizisten mehr benötigt. Diese müssen ausgebildet werden. Um die vorhandene Lücke zu überbrücken wurde die Wachpolizei geschaffen. Diese wird nun auch in Chemnitz beim Objektschutz oder der Personenbewachung eingesetzt. „Damit unterstützen und entlasten die Wachpolizisten die reguläre Polizei. Insgesamt bleibt Sachsen so ein sicheres Land. Das gilt auch für Chemnitz und den Chemnitzer Süden“, so Vieweg abschließend.

Mit dem Petitions- ausschuss vor Ort in Ostritz

Ostritz liegt im Dreiländereck im süd-östlichen Zipfel Sachsens. Seit Ende 2014 erstickt der malerische Ort im Schwerlastverkehr. In Spitzenzeiten rollen täglich über 5.000 Fahrzeuge durch die Ortschaft. Über eintausend Anwohner von Ostritz bis Hirschfelde wandten sich darum hilfesuchend an den Petitionsausschuss des Landtages. Seit Sommer wurden nun auf Druck der Abgeordneten Maßnahmen eingeleitet.

Um erste Ergebnisse zu präsentieren und weitere Lösungen zur Verkehrsentslastung zu suchen, hatte Jörg Vieweg, der SPD-Obmann im Petitionsausschuss, Ende November als zuständiger Berichterstatter Vertreter von Ministerium, Landratsamt und Verkehrsbehörden zu einem Vor-Ort-Termin eingeladen.

Zu diesem Termin konnten noch nicht alle Anliegen der Petenten zufriedenstellend geklärt werden. Es gilt jedoch festzuhalten, dass sich der Landtag fraktionsübergreifend für die Belange der Ostritzer einsetzt und die ersten Maßnahmen zur Tempo- und Tonnagebeschränkung Wirkung zeigen. Langfristig helfen aber nur län-

derübergreifende Anstrengungen. Dazu sollen in den nächsten Wochen Gespräche mit der polnischen Seite stattfinden.

„Der Fall zeigt wieder einmal, dass es sich lohnt, Behördenhandeln zu hinterfragen und im Zweifel überprüfen zu lassen. Dafür bietet Sachsen eines der transparentesten und bürgerfreundlichsten Petitionsrechte in Deutschland“, so Vieweg. Der Fall in Ostritz ist an dieser Stelle noch nicht abgeschlossen. Der Vor-Ort-Termin war der Auftakt für weitere Gespräche. „So kommen wir Schritt für Schritt zu einer dauerhaften Lösung“, so Vieweg abschließend.

+++
Jahresbericht des
Sächsischen Petitions-
ausschusses 2015
+++



Landtag bringt Reform der Tourismusfinanzierung auf den Weg

Der Sächsische Landtag hat in seiner Sitzung am 28. September die Reform der Tourismusfinanzierung auf den Weg gebracht. Mit der Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) folgen die Regierungsfractionen der Tourismusstrategie 2020 und nehmen Verantwortung wahr für 200.000 Beschäftigte im sächsischen Tourismus.

das diesen Weg geht und damit einen wesentlichen Beitrag zu nachhaltigem Tourismus leistet.“

Sachsen ist mit der vorliegenden Novellierung einer der Vorreiter für eine moderne Tourismusfinanzierung, die Chancen betont und neue Möglichkeiten aufzeigt. Mit der Änderung des KAG werden auch die Weichen für die zukünftige, weiterhin positive Entwicklung des Tourismus im Freistaat gestellt. „Investitionen in den Tourismus sind aktive Wirtschaftsförderung, die Arbeitsplätze sichert und neue schafft. Investitionen in den Tourismus sind aber auch wichtig für das Image des Freistaates, für Welttoffenheit und Gastfreundschaft und daran sollten wir alle Interesse haben“, so Jörg Vieweg abschließend.

Hintergrund:

Anlass der Gesetzesänderung war die gerichtliche Auseinandersetzung um die Kurtaxe in Dresden. Künftig können alle Orte mit nachweislich touristischem Aufwand eine Gästetaxe erheben – nicht nur staatlich anerkannte Kur- und Erholungsorte.



+++

Hier erfahren Sie mehr:

Antrag

Redebeitrag

Videobeitrag

+++

„Wir setzen dabei deutlich auch auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz“, betonte Jörg Vieweg, tourismuspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Er verwies darauf, dass die Kommunen nunmehr auch Ski- und Wanderbusse, ÖPNV-Angebote zu Ausflugszielen und Sehenswürdigkeiten mit Einnahmen aus der Kurtaxe finanzieren können. „Damit ist Sachsen nach Baden-Württemberg das zweite Flächenland,

Sachsen investiert in die Energiewende – Förderung über eine Million Euro an Chemnitzer Stromspeicherprojekt der eins energie übergeben

Zu den mit der Energiewende verbundenen Herausforderungen gehört der flächendeckende Ausbau der Energiespeicher. Ein wichtiger Schritt in Richtung Netzstabilitätssicherung kann, dank der Initiative von eins energie sachsen, nun gegangen werden. Gemeinsam mit dem in Sachsen für Energiefragen zuständigen Staatssekretär Stefan Brangs übergab Jörg Vieweg am 20. Oktober 2016 einen Zuwendungsbescheid in Höhe von einer Millionen Euro.

„Da Wind- und Sonnenstrom bekanntlich nicht rund um die Uhr erzeugt werden können, sind Speicher wichtig für das Gelingen der Energiewende. Der neue Großspeicher sorgt dabei für günstige Preise und noch mehr Versorgungssicherheit“, so der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

Der neue Speicher hat eine Kapazität von rund drei Millionen R6/AA-Batterien oder 17.000 Autobatterien. Neben dem Beitrag zur Netzstabilisierung, spart der Stromspeicher auch noch jährlich 46.000t CO2 ein, die sonst in einem konventionellen Kraftwerk anfallen würden. Die am Dammweg in Chemnitz geplante Anlage mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von circa 10 Millionen Euro

und einer Leistung von 10 Megawatt soll Anfang 2017 fertiggestellt werden.



Jörg Vieweg, Stefan Brangs, Roland Warner und Jens Kliemt v.l.

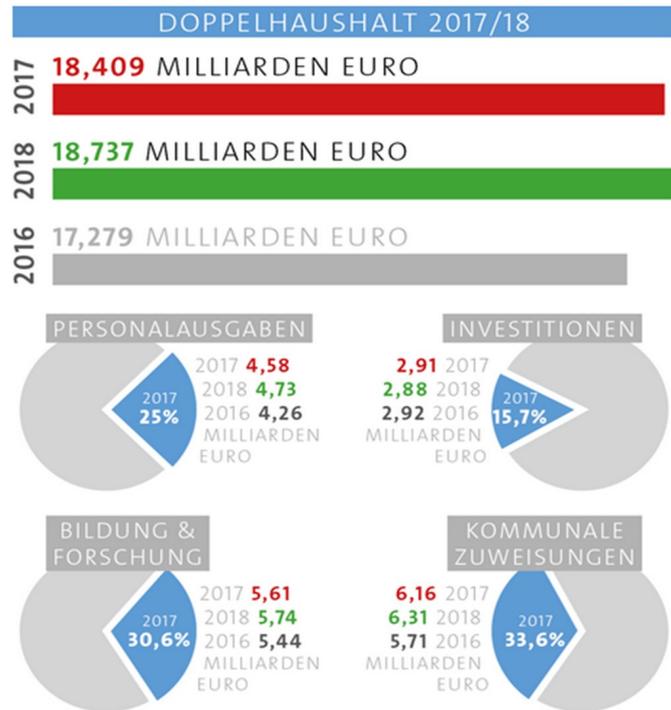
Hintergrund:

Im November 2014 hat der Landtag, auf Initiative von Jörg Vieweg und Lars Rower (CDU), einen Masterplan Energieforschung und Speichertechnologie auf den Weg gebracht und somit ein wichtiges Anliegen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

Die Fördermittel werden nun vom Freistaat Sachsen im Rahmen der Richtlinie Zukunftsfähige Energieversorgung des sächsischen Wirtschaftsministeriums vergeben. Das Programm ist Teil des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Freistaat Sachsen. Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank und die Sächsische Energieagentur – SAE-NA GmbH sind mit der Durchführung des Förderprogramms beauftragt.

+++
HIER
finden Sie den gesamten Antrag
+++
+++
Chemnitz Fernsehen:
Freistaat investiert in
Energiewende
+++

Doppelhaushalt 2017/2018



AUS DER HAUSHALTSREDE DIRK PANTERS AM 11. AUGUST 2016 ZUM REGIERUNGSENTWURF DES DOPPELHAUSHALTES 2017/18

„Meine Damen und Herren, in der Mitte des Weges sind wir mit vielen Dingen **ZUFRIEDEN**. Und **MIT ANDEREN NICHT**:

Wir haben es geschafft, beim Thema Personal das Ruder herumzureißen. Die Zeit des Stellenabbaus in Sachsen ist vorbei, denn ein handlungsfähiger Staat braucht qualifiziertes und motiviertes Personal. **MIT DIESEM UMSTEUERN SIND WIR ZUFRIEDEN.**

Und gleichzeitig sehen wir, wie schwer es ist, die Fehler des ideologischen Kürzungsdiktats, das dieses Land bis 2014 erdulden musste, zu reparieren. Wie schwer es ist, die in der **POLIZEI**, in den **SCHULEN** und in der **LANDESVERWALTUNG** gerissenen Lücken, zu schließen. **DAS MACHT UNS UNZUFRIEDEN.**

Wir haben es geschafft, unsere sächsischen Kommunen finanziell zu stabilisieren: Mit dem Schuttschirm, den wir bei der Schuldenbremse vereinbart haben. Mit den steigenden Zahlungen im kommunalen Finanzausgleich. Mit dem Investitionsprogramm „Brücken in die Zukunft“. Und auch mit der besseren Unterstützung bei Aufgaben wie Asyl und Integration. **DAS MACHT UNS ZUFRIEDEN.**

Gleichzeitig haben wir nach wie vor große Aufgaben in den Kommunen, für die mehr Geld benötigt wird: Beim **SCHULHAUSBAU**, bei den **SPORTSTÄTTEN**, beim **ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR**. Die Fachförderprogramme decken diese Aufgaben noch nicht ab, sie stagnieren oder sinken sogar. **DAS MACHT UNS UNZUFRIEDEN.**

Wir haben es geschafft, der Politik im Freistaat Sachsen einen neuen Schwerpunkt zu geben: Sachsen wird wieder zu einem handlungsfähigen und sozial gerechten Staat, der sich um die Menschen kümmert, die hier leben. Wir senken schrittweise den Betreuungsschlüssel in den Kitas. Wir stellen tausende zusätzliche Lehrkräfte ein. Wir finanzieren erstmals Sozialarbeit an unseren Schulen, die Integration von Asylsuchenden und Maßnahmen zur Förderung von Arbeit. Sachsen wird ein sozialeres Land und das macht uns zufrieden.

Gleichzeitig aber sehen wir, dass mehr gemacht werden muss: Dass unsere Kita-Erzieherinnen nach wie vor überlastet sind. Dass an vielen Schulen Unterricht ausfällt und **LEHRKRÄFTE** fehlen. Wir vermissen noch immer das **MASSNAHMEPAKET**, das dieses Problem langfristig lösen soll. **DAS MACHT UNS UNGLAUBLICH UNZUFRIEDEN.**

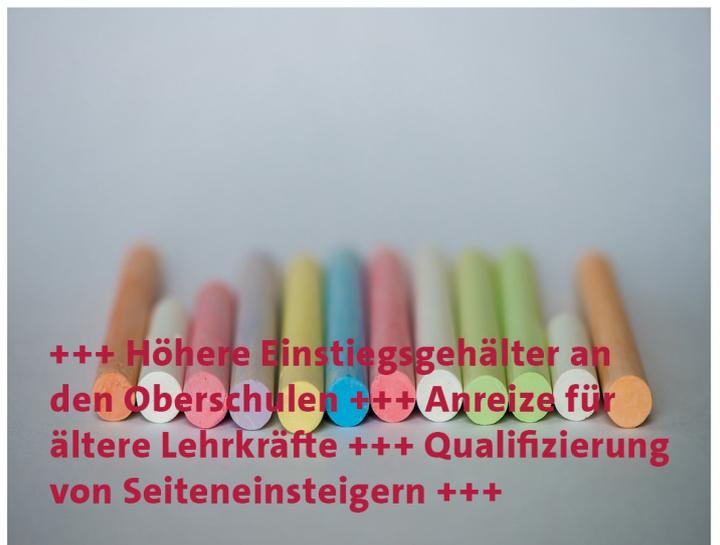
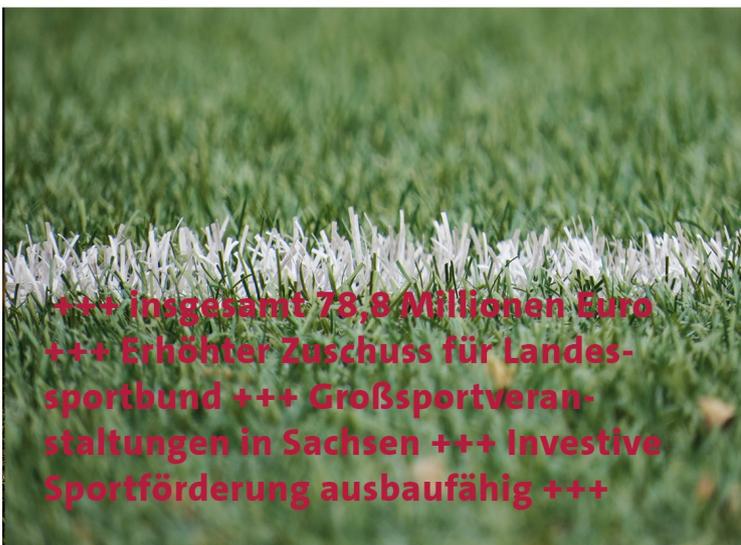
ERGEBNISSE DER HAUSHALTSVERHANDLUNGEN DER KOALITIONSFRAKTIONEN

- ✓ MEHR AUSBILDUNGSSTELLEN BEI DER POLIZEI (+100)
- ✓ MEHR STELLEN IM STRAFVOLLZUG (+55)
- ✓ MEHR LEHRERSTELLEN (+ 722) + MASSNAHMEPAKET
- ✓ KEINE STELLENSTREICHUNG IN LANDESDIREKTION (+68)

- ✓ SCHULHAUSBAU (+10 MIO) DAMIT 40 MIO FÜR KREISFREIE STÄDTE UND 20 MIO FÜR KREISANGEHÖRIGE GEMEINDEN
- ✓ SPORTSTÄTTEN (+15 MIO) INSGESAMT: 35 MIO
- ✓ ÖPNV (+ 31 MIO) INSGESAMT MIT MITTELN DES BUNDES: 905,4 MIO

- ✓ MASSNAHMEPAKET GEGEN LEHRERMANGEL (+213,5 MIO)

Der Haushalt- Energie, Sport, Tourismus, Mittelstand und Schule im Detail



Koalitionsfraktionen stocken Sport-Etat im Haushalt auf

Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD haben in diesem Jahr einen der höchsten Sporthaushalte der letzten 26 Jahre in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Insgesamt wird der Freistaat in den kommenden beiden Jahren etwa 93,5 Millionen Euro für den Sport ausgeben.



+++
HIER
erfahren Sie
mehr zum
Sporthaushalt
+++

„Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir die Haushaltsmittel zur Unterstützung des Landessportbundes sowie für Investitionen in die Sportstätten deutlich erhöht. Darüber hinaus sorgen wir für mehr Sicherheit im Fußball und stärken die Fanprojekte in Leipzig, Dresden, Chemnitz, Aue, Zwickau und Plauen. Für mich haben diese Projekte eine Schlüsselrolle als Vermittler zwischen Fans und Polizei. Dafür haben wir den Ansatz des Regierungsentwurfs um 100.000 Euro auf nun 420.000 Euro erhöht. Ich bin sehr froh, dass das Anliegen auf Zustimmung gestoßen ist“, so Jörg Vieweg,

sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Schon im kommenden Jahr sollen zusätzlich 5 Millionen Euro und 2018 weitere 10 Millionen Euro in die Fördertöpfe für investive Maßnahmen an Sportstätten der Vereine und Kommunen fließen. Demnach kann auf dem Vorjahresniveau von 22,4 Millionen Euro weiter investiert werden.

„Einen besonderen Schwerpunkt legen wir bei den Maßnahmen zur besseren Integration durch Sport. Standen 2016 noch 200.000 Euro zur Verfügung, werden wir 2017/18 jeweils 500.000 Euro bereitstellen, um so zur gelingenden Integration von Geflüchteten durch unsere Sportvereine beizutragen“, so Vieweg weiter.

Für die bessere Bezahlung der Ehren- und Hauptamtlichen in den Vereinen erhält der Landessportbund ebenfalls mehr Mittel. Zukünftig stehen dafür 20,5 Millionen Euro statt bislang 19,6 Millionen Euro zur Verfügung. Ein weiterer Akzent wird bei der Verbesserung der Präventionsarbeit im Leistungssport gesetzt. Künftig stehen hier 300.000 Euro zur Verfügung.

„Nach zahlreichen Verhandlungstagen, Gesprächen mit Landessportbund, Fachverbänden und Vereinen, kann sich das Ergebnis aus meiner Sicht sehen lassen. Ich bin froh, dass wir den Sport-Etat in diesem Umfang aufstocken können. Somit werden auch wichtige Akzente in Richtung nachhaltige Sportentwicklung gesetzt“, so Vieweg abschließend.

Wir haben für eine Kehrtwende gesorgt – Schulen können endlich besser planen

Nach intensiven Verhandlungen hat sich die CDU/SPD-Koalition auf ein Maßnahmenpaket zur Lehrerversorgung in Sachsen geeinigt. „Endlich ist die lang erwartete Kehrtwende da, Sachsen kann nunmehr ausreichend Lehrer einstellen“, so Jörg Vieweg.

„Neben den zusätzlichen 722 Lehrerstellen sind die Verbesserungen bei der Attraktivität des Lehrerberufs von entscheidender Bedeutung. Dass Lehrer an unterschiedlichen Schultypen unterschiedlich bezahlt wurden, war schlicht ungerecht. Die Lehrer an all unseren Schulen leisten großartige Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Dafür bekommen sie endlich größere Anerkennung. Das macht auch den Lehrerberuf an sich wieder attraktiver“, so Vieweg weiter.

Das Maßnahmenpaket ist eine gute Botschaft für Lehrer, Eltern und Schüler auch in Chemnitz, wo, wie im übrigen Freistaat, seit Jahren steigende Schülerzahlen zu verzeichnen sind. „Was uns noch besonders wichtig war: Seiteneinsteiger werden künftig besser ausgebildet. Und wir haben jetzt Mittel und Wege, um junge Leute anzulocken und in Sachsen zu halten. Nicht zuletzt gehört zu dem Pa-

ket, dass Lehrerinnen und Lehrer künftig besser bezahlt werden.“

Die SPD-Landtagsabgeordneten haben schon lange vor der Landtagswahl 2014 auf das Problem des Lehrermangels hingewiesen und Vor-



schläge unterbreitet.

Im Mai dieses Jahres haben sie ihre Positionen nochmals zusammengefasst.

„Wir sind froh, dass wir mit der CDU jetzt einen guten Kompromiss gefunden haben. Die Koalition kommt mit dem Maßnahmenpaket wichtigen Forderungen der Lehrer, der Schüler und der Eltern nach. Die Kinder sind unsere Zukunft, deshalb investieren wir in die Schule und schätzen die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer wert. Wir stehen zu unserer

+++
Unseren Maßnahmenkatalog können Sie sich HIER anschauen
+++

+++
Weitere Informationen
zur Lehrerversorgung in
Sachsen finden Sie
HIER
+++

Verantwortung, Schulbildung langfristig auf hohem Niveau zu sichern. Das spiegelt sich auch im neuen Doppelhaushalt wider“, so Vieweg.

Immer wieder hatten die Abgeordneten Hinweise auf fehlende Lehrer und massiven Unterrichtsausfall erreicht. Auch die Stimmung in den Lehrerzimmern sei oft nicht gut, da die Situation auch für die Lehrer eine große Belastung darstelle. „Wir bedanken uns bei den Eltern-, Schüler- und Lehrervertretern, die mit Beharrlichkeit auf eine Verbesserung der Situation gedrungen und damit die Forderungen der SPD unterstützt haben. Das Paket ist eine wichtige Entscheidung auf dem

Weg der Lage Herr zu werden, es gibt aber keinen Grund zur Euphorie. Die Situation bleibt weiterhin angespannt und wird sich auch nur langsam spürbar verbessern“, versucht Jörg Vieweg die Erwartungen zu dämpfen.

„Die akute Mangelsituation, in der wir uns aktuell befinden, war leider absehbar und lange bekannt. Sie ist eine direkte Folge bildungspolitischer Fehlentscheidungen der zurückliegenden Jahre. Ich hoffe, dass der Freistaat jetzt auf einem Weg der weitsichtigen Politik angekommen ist. Eine solche Situation darf sich in der Zukunft nicht wiederholen!“, so Jörg Vieweg abschließend.

Die zentralen Beschlüsse sind:

- Verbesserung bei der Bezahlung Ober- und Förderschullehrern, alle Lehrer der Sekundarstufe an öffentlichen Schulen erhalten E 13.
 - Außertariflicher Zuschlag für junge Lehrer in Mangelfächern oder im ländlichen Raum von bis zu 600 EUR für vier Jahre.
 - Zulagen bis zu 780 EUR und Anrechnungsstunden für Lehrer, die über das 63. Lebensjahr hinaus unterrichten.
 - Absenkung der Regelstundenzahl an Grundschulen um 1 Stunde/Woche (von 28 auf 27 Stunden)
 - Freiwillige Einrichtung von Arbeitszeitkonten damit Mehrarbeit zu einem späteren Zeitpunkt ausgeglichen werden kann, ohne dass Gehalt verloren geht
- Alternativ: Voller finanzieller Ausgleich von Mehrarbeit (z. B. Vertretungsstunden)
 - Umfassendes Qualifizierungsprogramm für Seiteneinsteiger, mit einer 3-monatigen Schulung vor Beginn der Tätigkeit und der Möglichkeit sich parallel zum vollwertigen Lehrer zu qualifizieren.
 - Verbesserung der Bezahlung für Seiteneinsteiger
 - Mehr Referendare, und bessere Vergütung, insbesondere wenn sie sich verpflichten mindestens 4 Jahre in Sachsen zu unterrichten.
 - Standortbezogene Bewerbungen werden ermöglicht, und Schulleiter haben ein Mitspracherecht bei Einstellungen.
 - 722 weitere zusätzliche Lehrerstellen in 2017/18

POLITIK:konkret

FACHFOREN DER SPD-FRAKTION. IM SÄCHSISCHEN LANDTAG.

DONNERSTAG, 17. NOVEMBER 2016 | 17.30 UHR | SÄCHSISCHER LANDTAG | A300

THEMA:

NEUE ENERGIE FÜR SACHSEN
WIE KOMMUNEN VON DER ENERGIEWENDE PROFITIEREN KÖNNEN.

Etwa 70 Bürgerinnen und Bürger aus ganz Sachsen kamen auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion am 17.11.2016 zum Fachforum „Neue Energie für Sachsen – Wie Kommunen von der Energiewende profitieren können“ zusammen. Unter anderen diskutierten Dr. Nina Scheer, Energie-Expertin der SPD-Bundestagsfraktion, Stefan Brangs, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dr. Jana Bovet vom Helmholtz Zentrum für Umweltforschung Leipzig und Philipp Wille von der VSB Neue Energien Deutschland GmbH über die Chancen der Energiewende.

Jörg Vieweg, der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, betonte in seiner Rede vor allem die Chancen für Kommunen bei einer verstärkten Nutzung Erneuerbarer Energien auf der einen und für neue Arbeitsplätze im Bereich regenerative Energien auf der anderen Seite. „Das bedeutet weiteren Ausbau der Anlagen für Erneuerbare Energien, mehr Anstrengungen bei Energieeinspa-

rung und Effizienz, sowie verstärkte Nutzung von E-Mobilität. Dies ist eine klimapolitische Notwendigkeit“, so Vieweg. Letztlich könne die Energiewende nur gelingen, wenn für die Erneuerbaren Energien eine breite Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung vorherrscht.

Dr. Nina Scheer betonte in ihrem Input-Referat, dass die Energiefrage auch eine Gerechtigkeitsfrage ist. Nach wie vor zähle Deutschland mit einem Strom-Anteil aus Erneuerbaren Energien von inzwischen rund 35 % am Bruttostromverbrauch weltweit

+++
Positionspapier
der SPD Fraktion
+++





Dr. Nina Scheer beim
Impulsreferat

zu den Energiewende-Vorreiterländern. Mit den Rufen nach „Planbarkeit“ und „Bezahlbarkeit“ würden jedoch in der EEG-Novelle 2016 die Ausbautzahlen Erneuerbarer Energien erstmals wieder limitiert. Gleichzeitig hätten diese Begrifflichkeiten bei der Bevölkerung zunehmend für Verunsicherung gesorgt.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion betonte Dr. Jana Bovet, dass es besonders wichtig ist, die Bürger über den Ausbau der Erneuerbaren Energien klar und verständlich zu informieren. Als gutes Beispiel für die Steigerung von Akzeptanz führte sie die Verabschiedung des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern an. Philipp Wille berich-

tete von der Arbeit der VSB Neue Energien und den Formen der direkten Beteiligungsmöglichkeit. Beispiel hierfür sei die erfolgreiche Umsetzung des Windparks Wölkisch.

Bei der Diskussion über konkrete Beteiligungsmöglichkeiten waren sich die Podiumsteilnehmer einig, dass die Akzeptanz der Erneuerbaren Energien, seien diese erst einmal vor Ort, steige. Wille betonte, dass die VSB bei ihrer Arbeit vor Ort durchaus eine Offenheit der Bevölkerung bei der Umsetzung von Windenergieprojekten festzustellen sei. Als weitere Beteiligungsmöglichkeiten nannte er Bürgersparbriefe, Mieterstrommodelle sowie die Nutzung von Ökostromprodukten bei den örtlichen Stadtwerken.



Phillipp Wille, Jörg Vieweg, Tommy Jehmlich, Dr. Nina Scheer, Dr. Jana Bovet v.l.

Ausblick:

Die Kommunen sind bei der Energie- wende ein wichtiger Vorreiter. Etliche Städte haben bereits eigene konkrete Pläne, andere Kommunen arbeiten noch an Konzepten. Der Ausbau und die Nutzung von Anlagen im Bereich Erneuerbarer Energien auf dem Gemeindegebiet bietet für Kommunen eine Vielzahl von Vorteilen. Wichtig ist jedoch, dass in allen Verfahren die Bürger von Beginn an transparent informiert werden, die Bevölkerung

mitgenommen wird und so Vertrauen aufgebaut wird. Die SPD-Fraktion wird diesen Dialog und Erfahrungsaustausch fördern und begleiten. Aus dem „Energie- und Klimaschutzprogramm“ muss ein „Klimaschutz- und Energieprogramm für Sachsen“ werden. Der Landesarbeitskreis Energie der SPD-Sachsen hat dazu ein erstes Diskussionspapier vorgelegt. Dieses soll in den nächsten Monaten Grundlage für eine öffentliche Diskussion sein. Wir freuen uns über Ihre Anmerkungen.

ANTRÄGE UND INITIATIVEN DER SPD-FRAKTION

IM SÄCHSISCHEN LANDTAG:

45. Plenarsitzung am 13.12. 2016

Anträge der Fraktionen CDU und SPD zu den Themen:

- "Sportland Sachsen – mit Sportförderung in der Breite und der Spitze sportliche Erfolge sichern. Die Reform des Leistungssports als Impulsgeber."
- "Akzeptanz der Rückkehr und Ansiedlung von Wölfen im Freistaat Sachsen erhalten – Wolfsmanagement nachsteuern"
[Drucksache 6/7236](#) und Beschlussfassung
- "Verlängerung der Arbeit der [Enquete-Kommission](#) 'Sicherstellung der Versorgung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege älterer Menschen im Freistaat Sachsen'"
[Drucksache 6/7141](#) und Beschlussfassung

46. Plenarsitzung am 14./15.12. 2016

Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2017/2018

47. Plenarsitzung am 16.12. 2016

Anträge der Fraktionen CDU und SPD zu den Themen:

- "Bildung und Wissen der Zukunft – Lernen und Lehren im digitalen Zeitalter"
- "Einführung eines Landesprogramms Schulsozialarbeit für Sachsen"
[Drucksache 6/7140](#) und Beschlussfassung

Weitere Informationen zu den beiden Plenarsitzungen – wie z.B. die komplette Tagesordnung – erhalten Sie **HIER:**

Sportland Sachsen – Landtag debattiert über die Zukunft der Breiten- und Spitzensportförde- rung



+++
Die Rede von
Jörg Vieweg
finden Sie
[HIER](#)
+++

In seiner Sitzung am 13. Dezember beschäftigte sich der Sächsische Landtag mit der Zukunft der Breiten- und Spitzensportförderung im Freistaat. Der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion unterstrich im Rahmen der Debatte die im sächsischen Doppelhaushalt 2017/2018 realisierte finanzielle Mehrausstattung für sächsische Sportstätten und -vereine. Erstmals verfügt ein Haushalt im Freistaat über ein eigenes Kapitel zum Thema Sport. „Wir fördern in Sachsen Spitzen- und Breitensport gleichermaßen. Beide sind stark im Freistaat. Was sich im Spitzensport tut, das beeinflusst auch den Breitensport und umgekehrt“, so Vieweg. Genau das findet sich im Sport-Haushalt für die Jahre 2017 und 2018 wieder. „Wir nehmen so viel Geld wie noch nie für den sächsischen Sport in die Hand: 93,5 Millionen Euro in den kommenden beiden Jahren. Unsere Schwerpunkte sind ganz klar: Investition, Integration, Prävention, Sicherheit im Fußball und die Stärkung des Ehrenamtes.“

93,5 Millionen Euro sind ein Rekordergebnis für den Sport im Freistaat. Damit werden wichtige Akzente in Richtung nachhaltige Sportentwicklung

gesetzt. In den Haushaltsverhandlungen wurde fraktionsübergreifend für die Sportförderung gekämpft. „Wir haben es als unsere Pflichtaufgabe angesehen, den Sport im Freistaat ausreichend auszustatten“, so Vieweg.

Zugleich machte der SPD-Sportexperte deutlich, dass es noch zahlreichen Verbesserungsbedarf für die Zukunft gibt. Zwar können auf Landesebene nicht die zahlreichen Krisen des internationalen Spitzensports gelöst werden, Stichworte Korruption im Internationalen Olympischen Komitee, russisches Staatsdoping oder schwindende Olympiabegeisterung in zahlreichen „klassischen“ Ausrichterländern. Sehr wohl könne man aber eigene Bestrebungen verstärken. Die Reform der Spitzensportförderung auf Bundesebene sieht Jörg Vieweg als Auftakt und nicht als Endpunkt einer öffentlichen Diskussion zur Zukunft der Förderpolitik: „Ich plädiere für eine breite Debatte über ein sächsisches Sportfördergesetz, weil Sportförderung Planbarkeit und Verlässlichkeit braucht.“ Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hatte sich bereits in der Vergangenheit intensiv mit der Möglichkeit eines Sportfördergesetzes beschäftigt. Im Dialog mit aktiven Sportlerinnen und Sportlern, Ehrenamtlichen aus Vereinen und Verbänden sowie Kommunalpolitikern wurde ein Entwurf für ein

Sportförderungsgesetz erarbeitet und durch Hanka Kliese im Jahr 2012 eingebracht.

„Schwerpunkte unseres Gesetzentwurfes damals waren auf der monetären Seite ein Investitionsprogramm für kommunale Sportinfrastruktur sowie eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Landes- und Kreis-sportbünde. Darüber hinaus haben wir uns vor allem für Verbesserungen bei der Anerkennung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements starkgemacht sowie auf Verbesserungen der Teilhabemöglichkeiten für Sportlerinnen und Sportler mit Behinderungen gedungen“, so Vieweg.

Zu den von Seiten der AfD eingestreuten Vorwürfen, die Politik solle sich nicht in die Sportförderung einmi-

schen und diese den Verbänden und Vereinen selbst überlassen, erwiderte Jörg Vieweg, dass es sehr wohl Aufgabe des Gesetzgebers sei, die sachgemäße und zielorientierte Verwendung der Steuergelder zu gewährleisten. Alles andere sei ein merkwürdiges Verständnis parlamentarischer und politischer Verantwortlichkeit.



IMPRESSIONEN

Miteinander statt Gegeneinander e.V.



Nachbarschaftsgespräch bei der Clearingstelle



Treffen der UNI Mittweida und der Weißrussischen Delegation



Adventssingen im Landtag



Weihnachtsfeier der Bürgerbüros Kliese und Vieweg



Besucherguppe



111 Jahre Industrietradition am Standort Chemnitz Rabenstein – Jörg Vieweg und Staatsminister Martin Dulig zu Besuch beim Unternehmen LINDNER Armaturen GmbH

Gemeinsam mit Martin Dulig, dem Sächsischen Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, besuchte Jörg Vieweg am 11. November die Lindner Armaturen GmbH. Dabei handelte es sich um einen besonderen Anlass. Die Lindner Armaturen GmbH begeht in diesem Jahr ihr 111-jähriges Jubiläum. Das sind 111 Jahre Industrietradition am Standort Chemnitz Rabenstein.

Die Firma Lindner ist heute ein Spezialist für Flex-Schläuche, Freiform-, Dreh- und Biegeteile in diversen Messinglegierungen und speziellen Kunststoffen sowie für Mineralwerkstoffprodukte. 30 Prozent der Produkte werden exportiert. Im Sultanat Oman sowie in Russland wurden die Märkte durch die Errichtung eigener Schlauchproduktionslinien erschlossen. Damit ist die Firma eines der global agierenden Unternehmen aus Chemnitz. Aktuell beschäftigt die Lindner Armaturen GmbH durchschnittlich 85 Mitarbeiter. „Ich freue mich, dass ein so traditionsreiches Unternehmen wie die Lindner Armaturen sich kontinuierlich weiterentwickeln konnte. Dabei haben sich die Inhaber der Firma stets allen Herausforderungen gestellt. Trotz vieler Rückschläge, wie der Enteignung und Verstaatlichung im Jahr 1950, kann die



Sören Uhle, Jörg Vieweg, mit Geschäftsführer Falk Höhne v.l.

Firma LINDNER, auch dank des Engagements des Geschäftsführer Stefan Lindner auf 111 Jahre Geschichte zurückblicken. Um einen historischen Bogen von den Anfangsjahren bis zu den aktuellen Produktionsanlagen und –technologien zu spannen, wurden die Besucher von den beiden Geschäftsführern Stefan Lindner und Falk Höhne durch das Haus geführt. Neben Martin Dulig und Jörg Vieweg

nahm auch Sören Uhle, Geschäftsführer der Chemnitzer Wirtschaftsförderung an dem Rundgang teil. Im anschließenden Gespräch wurden Fragen zur Unternehmensentwicklung, Standortpolitik und lokalen Bauvorhaben zur Erweiterung des Unternehmens in Rabenstein erörtert. Jörg Vieweg dankte Martin Dulig für den Besuch dieses traditionsreichen Chemnitzer Unternehmens.



Geschäftsführer Falk Höhne, Wirtschaftsminister Martin Dulig, Prokuristin Kerstin Seidler, Jörg Vieweg und CWE-Geschäftsführer Sören Uhle v.l.

QUIZ

Welches Jubiläum feierte die Firma LINDNER Amaturen GmbH?

- A) 110 Jahre
- B) 111 Jahre
- C) 115 Jahre

Unter allen GewinnerInnen verlosen wir wieder einen attraktiven Preis. Mitmachen lohnt sich!

Ihre Antworten senden Sie bitte an: goebel@joerg-vieweg.de

Einsendeschluss ist der 09. Januar 2017.

BÜRGERBÜRO

JÖRG VIEWEG

Friedrich-Hähnel-Str. 11

09120 Chemnitz

KONTAKT:

Telefon: 0371/ 27243770

Fax: 0371/ 27290590

E-Mail: kontakt@joerg-vieweg.de

WEB: www.joerg-vieweg.de

Facebook: www.facebook.com/joerg-vieweg.de

UNSERE ÖFFNUNGSZEITEN:

Montag-Mittwoch: 10:00—16:00 Uhr

Donnerstag: 10:00—17.30 Uhr

Freitag: nach Vereinbarung

MIETRECHT- UND SOZIALRECHTSSPRECHTUNDE IM BÜRGERBÜRO

UNSERE MIETRECHTS- UND SOZIALRECHTSBERATUNG IST FÜR SIE KOSTENFREI



MIETRECHTSBERATUNG



SOZIALRECHTSBERATUNG



WO?

Bürgerbüro Jörg Vieweg · Mitglied des Sächsischen Landtages
Friedrich-Hähnel-Straße 11 · 09120 Chemnitz
Tel.: 0371 2724 3770 · kontakt@joerg-vieweg.de

SIE HABEN FRAGEN ...

... zur Nebenkostenabrechnung,
zum ElterngeldPlus

oder

... zum Arbeitslosengeld I und II,
zur Berufsausbildungsbeihilfe
und zu ähnlichen Themen?

Mit Unterstützung unseres Anwalts
können Sie sich bei uns
jeden dritten Dienstag im Monat,
von 17,00 – 18,00 Uhr
kostenfrei orientierend beraten lassen.

Haben wir Ihr Interesse geweckt?
Dann melden Sie sich einfach bei uns im Bürgerbüro.

Da die Plätze begrenzt sind, bitten wir um
eine Voranmeldung unter:

0371 27243770 oder kontakt@joerg-vieweg.de.

Unsere Termine im ersten Halbjahr 2017:
17. Januar - 21. Februar - 21. März